Der Landrat

Beratungsergebnis

der 2. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 01.02.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

14. Stellenmehrbedarf im Kommunalen Integrationszentrum - DS-Nr.: 5333 -

Der Landrat informierte, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport in seiner Sitzung eine Beschlussempfehlung unter dem Vorbehalt einer abschließenden Klärung der Finanzierung verabschiedet habe.

Die SPD-Fraktion merkte an, dass man die Tagesordnungspunkte 14 und 15 im Zusammenhang sehen könne. Sie habe den Antrag gestellt, das Kommunale Integrationszentrum entsprechend der Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen vollständig auszustatten und auf keine Stellen im Zuge des Einwanderungs-/ Einbürgerungsmanagements zu verzichten. Auf ihre Nachfrage teilte der Landrat mit, dass dieser Antrag aufgrund des Bezuges zur Ausländerbehörde in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses beraten werden solle.

Die Verwaltung bat darum, den Antrag – sofern dieser haushaltsrelevant sei – in der heutigen Sitzung zu beraten, da für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung die sog. Bündelungsvorlage zu erstellen sei und die nächste Sitzung des Kreisausschusses nur noch dem „Haushalts-Durchlauf“ diene. Die SPD-Fraktion merkte an, dass der Antrag nicht für diese Sitzung vorgesehen worden sei, weshalb sich die Ausschussmitglieder vorher nicht adäquat damit hätten beschäftigen können. Daraufhin schlug die Verwaltung vor, über den Antrag bei der anschließenden Beratung des Produktbereiches der Abteilung Ordnung, welcher u. a. Einbürgerungen beinhalte, zu diskutieren. Bei der von der SPD-Fraktion angesprochenen Förderung handele es sich um die Fördermittel, die das Land ausdrücklich den Ausländerbehörden für Einbürgerungszwecke zur Verfügung stelle.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärte die SPD-Fraktion, dass sie einen schriftlichen Antrag zum Kommunalen Integrationszentrum *(Anm. der Verw.: vgl. DS-Nr. 5375 – Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2021 zur Verstetigung der Integration und Entwicklung einer Einbürgerungskampagne)* gestellt habe, welcher im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport auf Wunsch der CDU-Fraktion nicht beraten worden sei. Der Antrag sei nach der derzeitigen Beratungsfolge noch für den Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung, den Kreisausschuss und final für den Kreistag vorgesehen. Es sei sinnvoll, sich zunächst inhaltlich mit dem Antrag zu befassen, weshalb dieser nicht in der heutigen Sitzung unter dem Haushalts-Tagesordnungspunkt beraten werde solle. Die CDU-Fraktion merkte an, dass sie sich inhaltlich noch nicht mit dem Antrag befasst habe, weil dieser erst für die nächste Sitzung des Kreisausschusses vorgesehen sei.

Die FDP-Fraktion trug vor, dass mehr Integration richtig und wichtig sei und auch Chancen, die Landesprogramme böten, stärker genutzt werden sollten. Sie sehe einen direkten Zusammenhang zwischen den beiden Tagesordnungspunkten zum Kommunalen Integrationszentrum und Integrationsmanagement.

Den Beschlussvorschlag zum kommunalen Integrationsmanagement mit den vorgeschlagenen 2,5 Stellen und den in Aussicht gestellten Case Managern trage sie mit. Sie wolle auch nicht in Abrede stellen, dass mehr Stellen im Kommunalen Integrationszentrum per se keinen Sinn ergäben. Dennoch solle man zunächst nur den Schritt des Kommunalen Integrationsmanagements gehen und im Laufe des Jahres prüfen, ob im Zusammenspiel dieser beiden Themen Synergien oder möglicherweise auch Überschneidungen entstünden. Daher werde sie den zusätzlichen Stellen für das Kommunale Integrationszentrum nicht zustimmen.

Auf Anmerkung der FDP-Fraktion erklärte die Verwaltung, dass die in der Vorlage genannten zusätzlichen Stellen bisher nicht vorhanden seien. Es handele sich um die Stellen, die dem Kreis schon immer als Basis-Ausstattung für das Kommunale Integrationszentrum und für das Programm „KOMM-AN NRW“ vom Land zugestanden hätten. Um die Stellen in den Stellenplan aufnehmen zu können, benötige man aber einen formellen Beschluss. Sie wies daraufhin, dass das Land immer von einer Vollfinanzierung spreche; es seien aber dennoch zusätzliche Eigenmittel erforderlich.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion, ob inzwischen die Information vorliege, wie hoch der finanzielle Eigenanteil sei, teilte die Verwaltung mit, dass sie hierzu noch rechtzeitig informieren werde.

Anschließend ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung des im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport formulierten Vorbehaltes abstimmen.

Der Kreisausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport stimmt vorbehaltlich der abschließenden Klärung der Finanzierung der Einrichtung von insgesamt 2,5 zusätzlichen Stellen im Kommunalen Integrationszentrum (KI) zu. Die zusätzlichen Stellen werden insbesondere zur Erarbeitung des Integrationskonzepts im Rahmen der Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa in den Kreis Gütersloh und der Umsetzung im Jahr 2020 beschlossener Projekte und Aktivitäten eingesetzt.

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen